Pressemitteilung des Kreisverbands Dresden



AfD bestimmt Direktkandidat zur Bundestagswahl für DD II / BZ II

Dr. Thomas Hartung im 2. Wahlgang mit einfacher Mehrheit gewählt

Dresden, 6. November 2016

Die stimmberechtigten Mitglieder der AfD-Kreisverbände Dresden und Bautzen haben Landesvize Dr. Thomas Hartung als Direkt-Kandidat für den Bundestagswahlkreis DDII/BZII gewählt. Hartung setzte sich im zweiten Wahlgang mit einfacher Mehrheit gegen Stadtratsfraktionschef Stefan Vogel durch.

Sechs Dresdner Kandidaten hatten sich auf der von Generalsekretär Uwe Wurlitzer souverän geleiteten Wahl durch die Mitglieder gestellt; der Bautzner Kreischef Dr. Rudolf Spitz hatte zurückgezogen. Die Kandidaten erhielten zehn Minuten Redezeit und mussten dann bis zu zehn Fragen aus der Mitgliedschaft beantworten.

Hartung, 54jähriger Lehrer, Germanist, Journalist und Dozent, hatte die Partei in Sachsen seit April 2013 mit aufgebaut. Er ist Kreisvorstand und stellv. Leiter des LFA 6 "Landes des Geistes". Seine Schwerpunkte sollen der Kampf um Bildungs- und Wissenschaftsstandards sowie der Kampf gegen alle Auswüchse des Genderismus sein. In seiner Bewerbungsrede hatte er zugegeben, vom 20. Dezember 2014 bis zur Spaltung am 28. Januar 2015 für PEGIDA die schriftliche Pressearbeit geleistet zu haben. "Insofern wird PEGIDA mit im Bundestag sitzen. Nicht unbedingt die PEGIDA, die Woche für Woche immer denselben, denselben viel zu langen und denselben redundanten Reden lauscht, dieselben Parolen skandiert und mit Spaziergängen meint, die Politik zu ändern. Nein, es sitzt dann die PEGIDA mit im Bundestag, die tatsächlich die Politik ändern will."

Die Wahl des Direktkandidaten im WK DDI sowie der Delegierten für den Listenparteitag Ende Januar findet am 19. November in Dresden statt.

Für Rückfragen:

Jürgen Schulz 0171 7287929 juergen.schulz@afd-dd.de

Der AfD-Kreisverband Dresden wurde am 11.10. 2013 gegründet und hat derzeit über 260 Mitglieder. Kreisvorsitzender ist der Dresdner Unternehmer Jürgen Schulz (54). Die AfD fordert eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebiets mit einer Wiedereinführung nationaler Währungen bzw. kleinerer, stabilerer Währungsverbünde, mehr direkte Demokratie, einheitliche Bildungsstandards, ein bezahlbares Energiekonzept sowie eine Neuordnung des Einwanderungsrechts nach kanadischem Vorbild. Außerdem tritt sie für neue Konzepte in der aktiven und passiven Steuerpolitik sowie der Altersvorsorge ein.